

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche/öffentliche Sitzung des Schulausschusses
der Stadt Lüdenscheid

am 21.09.2010

in der Mensa der Friedensschule

Anwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Jens Voß	SPD	
Ratsherr Norbert Adam	CDU	
Ratsherr Rolf Breucker	SPD	
Ratsfrau Brunhilde Gromball	FDP	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi	SPD	bis 18.30 Uhr
Ratsfrau Angelika Linnepe	Lüdenscheider Liste	Vertreterin für Herrn Ulf Illhardt
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU	
Ratsfrau Britta Rogalske	CDU	
Ratsfrau Nicole Schulte	SPD	Vertreterin für Ratsfrau Eveline Haue
Ratsfrau Anette Schwarz	FDP	
Herr Marcus Gawlik	SPD	
Herr Ulrich Neuhaus	Bündnis 90/ Die Grünen	
Frau Elisabeth Siebensohn	CDU	Vertreterin für Herrn Volker Spähr, ab 18.35 Uhr
Herr Volker Spähr	CDU	bis 18.35 Uhr
Herr Michael Thomas-Lienkämper	DIE LINKE	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Winfried Becker	Fraktionslos	
Herr Ahmet Demir	Liste der SPD	bis 19.10 Uhr
Frau Christiane Langs-Blöink	Fraktionslos	Vertreterin für Herrn Peter Wagener, bis 18.40 Uhr
Herr Clemens Laumann	Fraktionslos	
Herr Berthold Lüke	Fraktionslos	
Frau Antje Malycha	Fraktionslos	
Frau Annette Schmidt-Kob	Fraktionslos	
Frau Katharina Thimm	Fraktionslos	

Verwaltung:

Herr Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Herr Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Herr Sven Haarhaus
Herr Reinhard Merkschien
Herr Ralf Ziomkowski
Herr Andreas Beckmann

Schriftführung:

Frau Kerstin Kotziars

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Eveline Haue	SPD
Herr Ulf Illhardt	Lüdenscheider Liste

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Michael Lohr	Fraktionslos
Herrn Martin Sängner	Fraktionslos
Herr Peter Wagener	Fraktionslos

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:15 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

keine

2. Verpflichtung von Ausschussmitgliedern

Ratsherr Voß weist darauf hin, dass drei Ausschussmitglieder zu verpflichten sind. Anschließend nimmt Ratsherr Voß die Verpflichtung von Frau Christiane Langs-Blöink, Frau Katharina Thimm und Herrn Michael Thomas-Lienkämper vor.

3. Berichtswesen; hier: Vorstellung Contracting (Mündlicher Bericht)

Ratsherr Voß begrüßt Herrn Grupczynski und Herrn Poplow von der Fa. Urbana, die, nachdem Herr Ziomkowski einführende Worte zum Thema Contracting gegeben hat, anhand eines Power-Point-Vortrages ein Kurzportrait zum Wärmelieferungscontracting mit der Stadt Lüdenscheid vorstellen. Dabei stellen sie zunächst die Unternehmensstruktur, dann das Funktionsprinzip des Contractings sowie anschließend die einzelnen Maßnahmen an den verschiedenen Gebäuden dar. Fragen der Mitglieder des Schulausschusses werden sofort beantwortet.

4. Schulentwicklungsplanung

Zunächst weist Herr Merkschien auf die zu Beginn der Sitzung verteilten Unterlagen „Aktuelle Schülerzahlen“, „Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der F.D.P.-Fraktion im Rat der Stadt Lüdenscheid für die Schulausschusssitzung am 21.09.2010“ sowie auf das Papier aus Düsseldorf zur Gemeinschaftsschule hin.

Anschließend erläutert Herr Dr. Schröder, dass die aktuellen Schülerzahlen sowie weitere Zahlen den schulpolitischen Sprechern der Fraktionen kürzlich vorgestellt wurden. Herr Dr. Schröder gibt den Schulausschussmitgliedern kurze Informationen zu den Zahlen und sagt, dass die Wahlfreiheit bei der Lernanfängeranmeldung nicht zu den Befürchtungen der

Kritiker geführt hat, sondern dass es jährlich nur ca. 120 Wanderungsbewegungen gab und dies ca. der Anzahl derjenigen entspricht, die in früheren Jahren einen Antrag auf Besuch einer anderen als der zuständigen Pflichtschule gestellt haben.

Herr Dr. Schröder führt aus, dass er persönlich für die Wiedereinführung der Grundschulbezirke ist, da dies zu verlässlicheren Planungen führt. Herr Dr. Schröder berichtet, dass in der Besprechung mit den schulpolitischen Sprechern vereinbart wurde, dass zunächst das derzeit laufende Anmeldeverfahren abgewartet werden soll und für Ende Oktober ein neuer Termin vereinbart wurde.

Ratsherr Voß bezieht sich auf den von Herrn Dr. Schröder vorgetragene Sachverhalt und auf die Aussage in der Haushaltsrede des Kämmerers bezüglich der Schulschließungen.

Ratsherr Voß sagt, dass die SPD, die Grünen und die F.D.P. zu einem späteren Zeitpunkt in der Sitzung eine Korrektur der Bezeichnung des HSK-Vorschlages beantragen.

Anschließend liest Ratsherr Voß den Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der F.D.P.-Fraktion im Rat der Stadt Lüdenscheid für die Schulausschusssitzung am 21.09.2010 vor, der dem Protokoll beigefügt wird.

Ratsfrau Rigas-Gülde sagt, dass die CDU den Antrag ablehnen wird, da die Erstellung des Gutachtens Geld kostet und das Schulverwaltungsamt das genauso gut machen kann und ein Schulschießungskonzept erstellen soll. Ratsherr Adam ist davon überzeugt, dass hinter dem Gutachten System steckt und bestimmte Absichten hinsichtlich der Errichtung einer Gemeinschaftsschule verfolgt werden.

Ratsherr Adam fragt, was so ein Gutachten kostet. Ratsherr Voß antwortet sofort dazu, dass er nicht mit mehr als 10.000 € rechnet.

Ratsherr Breucker unterbreitet anschließend den Vorschlag, den Antrag in die Fraktionen zurückzuverweisen und zunächst zu prüfen, ob das Schulverwaltungsamt in der Lage ist, den Plan im vorgegebenen Zeitraum selbst zu erstellen, aber auch zu ermitteln, was ein Gutachten kostet. Anschließend soll dann im Hauptausschuss erneut darüber beraten werden.

Die Mitglieder erzielen Einvernehmen über den Vorschlag des Ratsherrn Breucker.

**5. Berichtswesen;
hier: Überörtliche Prüfung der Stadt Lüdenscheid durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW für die Jahre 2004 bis 2008, Prüfteilbericht Gebäudewirtschaft (Schulen) - (Mündlicher Bericht)**

Herr Merkschien weist auf die zu Beginn der Sitzung verteilte Sitzungsdrucksache Nr. 178/2010 „Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt, hier: Stellungnahme der Zentralen Gebäudewirtschaft“ hin, die im Bau- und Verkehrsausschuss beraten wurde. Herr Merkschien erklärt, dass auf Bitte des Schulausschussvorsitzenden einige Punkte daraus dem Schulausschuss zur Kenntnis gegeben werden sollten. Ratsherr Voß bittet anschließend Herrn Ziomkowski, diese zu erläutern, was dieser dann ausführt.

Ratsherr Breucker fragt, ob eine Teilstilllegung des Gebäudes der Hermann-Gmeiner-Schule geplant ist oder ob eine anderweitige Nutzung beabsichtigt ist. Herr Ziomkowski verweist dazu an das Schulverwaltungsamt. Herr Merkschien bedankt sich für den Hinweis und sagt eine Prüfung zu.

6. Anmeldungen zu den Grundschulen zum Schuljahr 2011/12
Vorlage: 184/2010

Herr Dr. Schröder trägt den Sachverhalt vor. Anschließend bittet Ratsherr Voß um Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die aus der Anlage zu ersehende Aufnahmekapazität der städt. Grundschulen für das Schuljahr 2011/12.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der Schulaufsicht und den Schulen im Einzelfall die Bildung einer weiteren Klassengemeinschaft zuzulassen, wenn die sächlichen und personellen Voraussetzungen gewährleistet sind.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

7. Michael-Ende-Schule (Schule für Kranke);
hier: Räumliche Unterbringung
Vorlage: 185/2010

Herr Dr. Schröder erläutert den Sachverhalt und schlägt vor, nach Fertigstellung der Räumlichkeiten dort eine Schulausschusssitzung mit Ortsbesichtigung durchzuführen.

Anschließend bittet Ratsherr Voß um Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Schulausschuss stimmt dem Standortwechsel der Michael-Ende-Schule (Schule für Kranke) vom Klinikbereich Hohfuhstraße zum Klinikbereich Hellersen zu. Für die künftigen Räume wird eine Nutzungsentschädigung von jährlich 5.000 € an die Märk. Kliniken GmbH gezahlt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

8. Bürgerhaushalt

Herr Merkschien teilt mit, dass dieser Tagesordnungspunkt entfallen kann, da hierzu kein Vorschlag vorliegt.

9. Beratung des Haushaltsplanes 2011

Zunächst verweist Herr Merkschien auf die zu Beginn der Sitzung verteilten Unterlagen „Maßnahmenliste ZGW“, „Schulpauschale 2011“, „Änderungsliste 2011“ sowie „Umsetzung HSK-Maßnahmen 2010“, „HSK-Maßnahme 2011“ und erläutert zuerst den Umsetzungsstand der HSK-Maßnahmen aus 2010 und weist in diesem Zusammenhang auf die zwei in der Änderungsliste aufgeführten Veränderungen bei der Position „Förderung von Bildungschancen“ und „Schulsozialarbeit SOS-Kinderdorf“ hin.

Anschließend sagt Frau Schmidt-Kob, dass sie sich sehr bemüht hat, Schulsozialarbeit an der Friedensschule zu installieren und dass die Notwendigkeit den Schulausschussmitgliedern bekannt ist. Frau Schmidt-Kob führt aus, dass sie zunächst versucht hat, über die „Aktion Mensch“ in Verbindung mit dem SOS-Kinderdorf eine Förderung zu erhalten und nachdem der Förderantrag abgelehnt wurde, eine Dreieckskonstruktion mit der Bezirksregierung und dem SOS-Kinderdorf angestrebt hat, diese leider aber ebenfalls gescheitert ist. Nunmehr bittet Frau Schmidt-Kob darum, den jetzt zur Streichung anstehenden Anteil für die „Schulsozialarbeit SOS-Kinderdorf“ für eine Teilzeitstelle mit 12 Wochenstunden für die drei Tage, an denen Ganztagsbetrieb stattfindet, zur Verfügung zu stellen. Sie sagt, dass das SOS-Kinderdorf bereit ist, die entsprechende Kooperation einzugehen und als Anstellungsträger zur Verfügung steht.

Herr Dr. Schröder sagt, dass ihn das Verhalten der Bezirksregierung überrascht, zumal ihm ein Rundschreiben der Bezirksregierung vorliegt, in dem ausdrücklich die Möglichkeit genannt ist, dass die Einstellung von Schulsozialarbeiter/innen auf Lehrerstellen möglich ist. Herr Dr. Schröder schlägt deshalb vor, dies bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu eruieren.

Ratsfrau Rigas-Gülde hält es grundsätzlich für richtig, den Einstieg zu machen, trotzdem sollte vorher die andere Möglichkeit eruiert werden.

Herr Blasweiler sagt, dass zusätzliche freiwillige Leistungen ausgeschlossen sind, es sei denn, an anderer Stelle werden freiwillige Leistungen in entsprechender Höhe gestrichen oder es werden durch zusätzliche freiwillige Leistungen definitiv benannte Mehrkosten an anderer Stelle eingespart.

Anschließend erzielen die Schulausschussmitglieder Einvernehmen darüber, das Thema in die Fraktionen zu verweisen und dort zu beraten, welche anderen freiwilligen Leistungen dafür gestrichen werden könnten.

Anschließend bittet der Schulausschussvorsitzende um Abstimmung über die Änderungsliste zum Verwaltungsentwurf zur Position „Förderung von Bildungschancen“ und darüber, dass die Position „Schulsozialarbeit SOS-Kinderdorf“ im Hauptausschuss beraten wird. Herr Merkschien gibt außerdem den Hinweis, dass die eingesparten Lernmittel für die Änderungsliste des Hauptausschusses vorgesehen sind.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Anschließend erläutert Herr Merkschien die Aufstellung „Schulpauschale 2011“.

Danach schlägt Ratsherr Voß vor, die Kurzbezeichnung der für 2011 vorgesehenen HSK-Maßnahme zu ändern in „Überprüfung von Schulstandorten auf Basis der durchzuführenden

Schulentwicklungsplanung“ sowie die genannten jeweiligen Konsolidierungsbeiträge durch Fragezeichen zu ersetzen.

Der Vorschlag wird von den Schulausschussmitgliedern einvernehmlich akzeptiert.

Anschließend stellt Ratsherr Voß den Verwaltungsentwurf des Haushaltes 2011, Produkt 030 010 010 bis Produkt 030 020 010 – außer Produkt 030 010 040 – Zeppelin-Gymnasium – zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

10. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

10.1. Bekanntgaben

keine

10.2. Beantwortung von Anfragen

keine

10.3. Anfragen

10.3.1. Anfrage Ratsfrau Rigas-Gülde "Pausenhalle Staberg"

Ratsfrau Rigas-Gülde bezieht sich auf die Andeutungen des Bürgermeisters, dass bezüglich der abweichenden Baukosten für die Pausenhalle Staberg bereits personelle Konsequenzen gezogen wurden und möchte dazu nähere Erläuterungen haben.

Herr Blasweiler antwortet direkt dazu, dass am nächsten Tag sofort eine Arbeitsanweisung erlassen wurde, dass bei Kostensteigerungen oder ähnlichem sofort der Betriebsleiter zu informieren ist. Außerdem stellt Herr Blasweiler nochmals den zeitlichen Ablauf dar und macht deutlich, dass der Mitarbeiter auf das Risiko hätte hinweisen müssen. Herr Blasweiler versichert, dass bei zukünftigen Planungsvorhaben erkennbare, absehbare oder vermutete Kostenrisiken kommuniziert werden.

Vorsitzender

Schriftführerin